

wirft den Sowjets vor, sie betrieben eine „planmäßige Politik“ der Bombardierung von Dörfern, des Tötens von Zivilisten und der wahllosen Exekution von Gefangenen.

Die afghanischen Sowjetverbündeten klagt der Bericht an, rund 50 000 politische Gefangene eingekerkert zu haben. Folter sei in den Gefängnissen so alltäglich, daß sie den Charakter „administrativer Praxis“ erhalten habe.

Den Lesern der Sowjetpresse allerdings stellt sich der Krieg weiterhin ganz anders dar. Die „brüderliche Hilfe“, die ihre Truppen der afghanischen Staatspartei leisten, sei, so der „Rote Stern“ an seine soldatischen Leser, eine „heilige Sache“, „die du auf der Erde eines befreundeten Landes verteidigst“.

EL SALVADOR

Verräter am Vaterland

Nach einem Jahr relativer Ruhe morden ultrarechte Terrorkommandos wieder.

Der Tip erreichte die texanischen Zöllner rechtzeitig. Auf einem Flughafen nahe Corpus Christi nahmen sie Ende vorigen Monats drei Salvadorianer fest, darunter Francisco Guirola, Mitglied einer der sogenannten „14 Familien“, denen das mittelamerikanische Land einmal gehörte. Die Herren waren unterwegs in ihre Heimat.

Guirola, enger Verbündeter des ultrarechten Arena-Chefs D'Aubuisson, führte in neun Koffern heiße Fracht mit: 5 975 850 US-Dollar in kleinen Scheinen. FBI, Zoll und Anti-Drogen-Behörde ermitteln nun, ob das Geld aus krummen Geschäften stammt.

El Salvadors Präsident Duarte beschuldigte den Geldboten und dessen „Kameraden, den Wahlprozeß korrumpieren zu wollen, Stimmen zu kaufen, politisches Chaos und andere Übel zu fördern“. Im Klartext: Das Geld sollte die rechtsterroristischen Mörderbanden im Lande finanzieren.

Hauptverantwortlich für das wahllose Blutvergießen, dem in den letzten Jahren Tausende zum Opfer fielen, sind immer noch die mit dem Militär, der Ländoligarchie und der Arena-Partei eng verbundenen Todesschwadronen.

Zwar verzeichneten Menschenrechtsorganisationen im vergangenen Jahr einen „bedeutenden Rückgang“ ultrarechter Terroraktivitäten, doch Bischöfe und andere Geistliche blieben skeptisch.

Das katholische Menschenrechtsbüro in San Salvador zählte 1983 noch 1259 Mordopfer der Killerkommandos, 1984 sank diese Zahl auf 200. Doch bislang „wurde nichts unternommen, die Greuelaten zu untersuchen“, so die Leiterin des erzbischöflichen Rechtshilfebüros in San Salvador, „der Repressionsapparat,



Mordopfer in San Salvador
Rückkehr der Todesschwadronen

die Struktur der Todesschwadronen ist noch intakt“. Und ein Priester warnte kürzlich: „Ich warte geradezu darauf, daß die Gewalt wieder ausbricht.“ Sie ist wieder ausgebrochen: Kurz vor den Parlaments- und Kommunalwahlen am 31. März gelten in dem mittelamerikanischen Bürgerkriegsstaat Kugeln erneut als die treffendsten Argumente.

Am 11. Januar schossen Rechtsextremisten einen Bauernführer, fünf Tage später den designierten stellvertretenden Landwirtschaftsminister nieder. Allein im Januar erlagen 29 Menschen dem rechten Terror, drei weitere wurden von Polizisten unter mysteriösen Umständen

Freedom



Arena-Chief D'Aubuisson
Heiße Fracht für die Partei?

verhaftet, und sieben verschwanden spurlos.

„Le Monde“ beklagte die „Rückkehr der Todesschwadronen“. Eine neue Terrorgruppe, eine „Brigade Domingo Monterrosa“ – so benannt nach einem Armeeeoffizier, der im vergangenen Herbst bei einem Hubschrauberabsturz umgekommen war –, hat es sich, so ein „Communiqué Nr. 1“, zur Aufgabe gemacht, die „in der Regierung befindlichen Kommunisten – Militärs und Zivilisten – ausfindig zu machen, damit sie vom Volk als Verräter am Vaterland gerichtet werden“.

Eine weitere, bislang unbekannt Organisation, „Traditionistisch-katholische Bewegung“, beschuldigte in einer Erklärung, die in der Tageszeitung „El Diario de Hoy“ veröffentlicht wurde, den Erzbischof von San Salvador, Rivera y Damas, an einem „kommunistischen Komplott“ beteiligt zu sein. Der Geistliche sei

„verantwortlich für den Druck auf die Armeeführung, die Menschenrechte einzuhalten“, womit er einer „psychologischen Verweichlichung“ der Streitkräfte Vorschub leiste.

Ihn könne das gleiche Schicksal ereilen, dem schon sein Vorgänger zum Opfer gefallen sei, drohten die christlichen Terroristen. Vor fünf Jahren hatte ein Killerkommando Riveras Amtsvorgänger am Altar erschossen.

El Salvadors Ultrarechte wird immer dann besonders aktiv, wenn sie befürchtet, politisches oder militärisches Terrain einzubüßen. Der sogenannte „nationale Dialog“, von den Rechtsaußen als „kommunistische Farce“ diffamiert, alarmierte die Extremisten, die in ihrem Gewaltfeldzug gegen Regierung und Bevölkerung auch auf breite Unterstützung innerhalb des Offizierskorps rechnen können.

Die ablehnende Haltung der Obristen und Generale gegenüber Duartes vorsichtigen Friedensbemühungen nährt die Putschgerüchte im Lande. So hat die militärische Führung dem Präsidenten bereits nahegelegt, sich nicht ständig als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu präsentieren – was er aber laut Verfassung ist.

Außerdem scheiterte Duarte mit seinem Versuch, Luftwaffenchef Juan Rafael Bustillo, dem enge Verbindungen zu den Todesschwadronen nachgesagt werden, in die diplomatische Etappe zu schicken. Duartes Verteidigungsminister tat das Gegenteil: Er beförderte den Oberst zum General und Stabschef der Streitkräfte. ♦